



Suchergebnisse: Vaterland

1781 – Kurfürst Carl Theodor lässt vaterländische Stücke verbieten

München * Der pfalz-baierische Kurfürst Carl Theodor lässt einige vaterländische Stücke aus politischen Gründen verbieten. Ein Verbot folgt dem anderen. Dabei spielen die Vorstadttheater gerade diese Volksstücke mit Vorliebe. Die Gründe für diese restriktiven Maßnahmen der Regierung liegen zum einen in der Unsittlichkeit der Stücke, zum anderen im Bestreben der Obrigkeit, angebliche öffentliche Unruheherde zu unterbinden.

1. Januar 1806 – Bayern wird extrem emotionslos zum Königreich erhoben

Königreich Bayern - München-Graggenau * Das Kurfürstentum Bayern wird von Napoleon Bonaparte zum Königreich erhoben. Aus Kurfürst Max IV. Joseph wird König Max I. Joseph. Die Rangerhöhung Baierns wird extrem emotionslos vollzogen. Der nur wenige Minuten dauernde Akt der Königserhebung findet um 10 Uhr, in den Appartements der Kurfürstin Karoline in der Münchner Residenz statt. Obwohl Napoleon Bonaparte am Abend des Vortages in München eingetroffen ist, nimmt er nicht an der Zeremonie teil. Auch der leitende Minister Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas ist aus uns nicht bekannten Gründen abwesend. Anwesend sind neben dem König und dem Kronprinzen Ludwig der Minister für geistliche Angelegenheiten, Heinrich Theodor Graf Topor Morawitzky, der Justizminister Johann Friedrich Freiherr von Hertling und Abbé Pierre de Salabert. Dazu kommen die Chefs der Königlichen Hofämter, der Obersthofmeister Clemens Anton Graf von Toerring-Seefeld, der Oberstkämmerer Maximilian Emanuel Freiherr von Rechberg und Rothenlöwen, der Oberstmarschall Ludwig Joseph Freiherr von Gohren und schließlich der Oberstallmeister Carl Ludwig Freiherr von Kesling. Dieser Männerrunde erklärt Max Joseph, er habe sich „durch die vielen Beweise von Treue und Anhänglichkeit der Bayern an ihren Fürsten und Vaterland bewogen befunden, Baierns Unabhängigkeit zu begründen, indem Allerhöchst Sie in dem gegenwärtigen Zeitpunkt, wo es durch die Vorsehung Gottes dahin gediehen, dass das Ansehen und die Würde des Herrschers in Bayern seinen alten Glanz und vorige Höhe zur Wohlfahrt des Volkes und zum Flore des Landes wieder erreicht, den dem Regenten Baierns angestammten Titel eines Königs von Bayern anzunehmen und öffentlich proklamieren zu lassen“. Er fügt noch hinzu, dass künftig alle direkten Abkömmlinge den Titel Königliche Hoheit führen werden. Daraufhin bringen die Anwesenden ihre Glückwünsche und Huldigungen zum Ausdruck.



11. November 1809 – Andreas Hofer bricht sein gegebenes Wort

Tirol * Andreas Hofer hat sich inzwischen in das Sandwirtshaus in Sankt Leonhard zurückgezogen. Wieder ändert er seine Meinung und bricht sein gegebenes Wort, indem er einen weiteren Kampfaufruf unterschreibt. „Wenn Wir nachgeben ist Glaube, Religion, Volk und alles hin. Wer widerstrebt, ist ein Feind Gottes und des Vaterlands.“

Oktober 1817 – Der Beginn der späteren Landmaschinen-Ausstellungen

München-Angerviertel - München-Theresienwiese * Der Polytechnische Verein stellt Produkte der „vaterländischen Industrie durch alle Klassen der Fabrikation“ aus. Diese Schau ist der Beginn der späteren Landmaschinen-Ausstellungen. Die Objekte werden aber nicht auf der Theresienwiese, sondern in der Münchner Rosengasse ausgestellt.

26. März 1820 – König Max I. Joseph soll ein Denkmal bekommen

München-Graggenau * Der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt München beschließt, König Max I. Joseph ein Denkmal zu setzen. Anlass ist der bevorstehende zweite Jahrestag der Bayerischen Verfassung. Der König soll als „Vater des Vaterlandes“ und als „Friedensfürst“ dargestellt werden. Zur Aufbringung der Kosten richtet man eine Subskription ein, eine für die damalige Zeit durchaus übliche Vorgehensweise. An vielen Orten in Deutschland und ganz Europa konstituieren sich im 19. Jahrhundert solche Kommissionen, deren Bestreben es ist, für eine zu ehrende Person - häufig sind es allerdings bürgerliche Größen der Geistes- und Kulturgeschichte - ein Denkmal zu errichten. Sie fungieren als unermüdliche Geldbeschaffer, Ausarbeiter eines Programms und Auftraggeber für einen Künstler.

Oktober 1825 – König Max I. Joseph nimmt letztmals am Oktoberfest teil

München-Theresienwiese * König Max I. Joseph, der „Vater des Vaterlandes“, nimmt letztmals am Oktoberfest teil. Er stirbt in der Nacht vom 12. zum 13. Oktober.

19. Januar 1832 – Der Verein zur Abwehr von staatlichen Eingriffen in die Pressefreiheit



Bubenhausen * Auf Initiative von Johann Georg August Wirth gründet sich in Bubenhausen der „Preß- und Vaterlandsverein zur Abwehr von staatlichen Eingriffen in die Pressefreiheit“. Mit ihm will er die Arbeit der liberalen Journalisten unterstützen. Durch eine freie, unzensurierte Presse sollte die öffentliche Meinungsbildung bis hin zur grundlegenden Staatsveränderungen geschaffen werden. Der Verein sollte den Journalisten und ihren Familien ein festes Einkommen sichern und Vertriebswege schützen.

1. März 1832 – Der Preß- und Vaterlandsverein wird verboten

München * Der Preß- und Vaterlandsverein zur Abwehr von staatlichen Eingriffen in die Pressefreiheit wird verboten. Johann Georg August Wirth wird zwei Wochen später wegen Hochverrats verhaftet.

14. April 1832 – Johann Georg Wirth von der Anklage des Hochverrats freigesprochen

Zweibrücken * Das Schwurgericht in Zweibrücken spricht Johann Georg August Wirth von der Anklage des Hochverrats wieder frei.

28. Mai 1832 – Mehrere hundert Menschen treffen sich im Hambacher Schießhaus

Hambach * Mehrere hundert Menschen treffen sich zu einer Versammlung in dem neben dem Hambacher Schloss befindlichen Schießhaus. Man beschließt die Herausgabe einer Festbeschreibung und die Initiierung ähnlicher Feste in anderen deutschen Staaten. Die folgenden Erörterungen über das weitere Vorgehen enden mit dem Ergebnis, „jeder soll auf eigene Faust handeln“. Heinrich Heine schreibt dazu spöttisch: „Ihr großen Königskinder, ich bitte Euch, öffnet die Kerkertüren der gefangenen Patrioten [...]. Ihr habt nichts zu riskieren, die deutsche Revolution ist noch weit von Euch entfernt, gut Ding will Weile und die Frage der Kompetenz ist noch nicht entschieden. [...] O Schilda, mein Vaterland!“

15. November 1850 – Der Verein zur Ausbildung der Gewerke wird gegründet

München-Kreuzviertel * Der Verein zur Ausbildung der Gewerke wird gegründet. August von Voit übernimmt den Vorsitz und erklärt in seiner Rede, dass es zur Verpflichtung des Vereins gehört, die „deutsche Kunst wieder vollständig frei zu machen von Nachahmung“, worunter er die



„schädliche Orientierung an der Kunstindustrie Frankreichs“ versteht. Statt dessen wollen die Vereinsmitglieder „auf die reichen, schönen, lebendigen, entwicklungsfähigen Formen des romanischen und germanischen Styles in Deutschland“ zurückgreifen, um so „am größten und schwierigsten Bau der Gegenwart, an der Einheit des Vaterlandes“ mitzuwirken.

10. Mai 1871 – Die Provinzen Elsaß und Lothringen fallen an Deutschland

Berlin * Der Frankfurter Friedensschluss kostet Frankreich im Wesentlichen die Provinzen Elsass und Lothringen sowie eine Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Gold-Franc. Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 war ein Krieg der modernen Technik und der Massenheere, der zu den Schrecken des ungebändigten totalen Kriegs des 20. Jahrhunderts führen wird. Bismarcks wichtigstes Kriegsziel, die „dauerhafte Beseitigung der Kriegsgefahr an der deutschen Westgrenze“, ist schon beim Friedensschluss bedroht, weshalb zwei grausame Weltkriege mit Millionen Toten folgen werden. Eine betont kriegerische und verherrlichende Geschichtsschreibung verstellt auf beiden Seiten den Blick auf das Kriegselend. „Das erste Preußengrab für Deutschlands Einheit - Der Schwur auf die Fahne führte sie alle zum Heldentod fürs Vaterland - Gott verleihe den Helden droben die Siegespalmen - für Deutschlands Ehre weihet jedes deutsche Frauenherz Gatten, Sohn und Bruder gern dem Heldentod“. Diese Worte werden in ein Denkmal auf dem Gaisberg, nahe Weißenburg, geschlagen.

11. September 1896 – Der Kunstsaustall der Schwanthaler Bagage

München-Ludwigsvorstadt * Gut zwei Wochen vor der Eröffnung des Deutschen Theaters und der Schwanthaler Passage steht das Unternehmen am Rande des Bankrotts. Eine Gläubigerversammlung mit rund 120 Handwerkern und Lieferanten mahnt ihre ausstehenden Zahlungen an. Theaterdirektor Alexander Blum schafft es gerade noch, die Gläubiger zu einem Stillhaltabkommen zu überreden und sie für sechs Monate von Pfändungen abzuhalten. Denn wenn der Theaterbetrieb erst einmal laufen würde, so argumentiert der optimistische Theaterdirektor, dann wären auch alle finanziellen Probleme gelöst. Doch nur wenige Stunden vor der Premiere muss er eine größere Summe Geld auftreiben, weil der Lieferant der roten Teppiche im Foyer ansonsten mit einem Skandal droht. Zum Glück gibt es aber im Hintergrund noch den reichen Kommerzienrat Friedrich Haenle, der für sechzig Prozent aller offen stehenden Forderungen eintreten will. Dieses Angebot führt allerdings in der Familie des Unternehmers zu Überlegungen, den Patriarchen „entmündigen“ zu lassen, um dadurch weiteres Unheil zu verhindern. Aber nicht nur die verschwenderische Ausgestaltung der Schwanthaler Passage bringt die Unternehmung an den Rand des Desasters. Theaterdirektor Alexander Blum



hat auch beim Künstlerpersonal kräftig hingelangt. Neben dem üppig besetzten Schauspieler-Ensemble leistet er sich ein mit fünfzig Musikern besetztes Orchester und ein stattliches Ballett: 36 Tänzerinnen, 16 Tänzer, 48 Figuranten und 60 Komparsen gehören zum festengagierten Stammpersonal. Weil aber Direktor Bluhm schon zwei Monate vor der Premiere kein Geld mehr für Gagen besitzt, müssen die Proben abgesagt werden. In München machen die Probleme des neuen Theaters schnell die Runde. Für die hiesigen Lästermäuler wird aus der Schwanthaler Passage ganz schnell die „Schwanthaler Blamage“, während man die Betreiber des Etablissements als „Schwanthaler Bagage“ verhöhnt. Die erzkonservative Zeitung Das Bayerische Vaterland blickt sowieso mit Schaudern auf die Programmankündigung des Unterhaltungstempels an der Schwanthalerstraße und sieht schon dadurch die „moralischen Grundsätze des christlichen Abendlands“ als gefährdet an. Die Zeitung befürchtet, dass es sich bei dem neuen Theater um ein „Institut für moralische Schweinezüchtere“, ja sogar um einen „Kunstaustall“ handelt. Neben der veröffentlichten Meinung bereiten aber auch die genehmigenden staatlichen Behörden dem Theaterdirektor Alexander Bluhm große Probleme, indem sie ihm zunächst „die ortspolizeiliche Productionsbewilligung für theatralische Vorstellungen“ verweigern. Im Hintergrund agiert hier der einflussreiche Münchner Hoftheaterdirektor Ritter Ernst von Possart, der in dem neuen Theater in der Schwanthaler Passage eine „dauernde schwere Schädigung der materiellen Interessen der königlichen Hofbühne“ sieht. Aber nicht nur die Angst vor einer unliebsamen Konkurrenz, die den Hoftheatern die Zuschauer abspenstig machen könnten, sondern auch eine tief empfundene Abneigung gegen alles Moderne bringen Ritter Ernst von Possart gegen das neue Theater in Rage. Der den Traditionalisten angehörende Hoftheaterintendant pflegt auf seinen Hofbühnen einen antiquierten, stark verstaubten Stil, der kaum mit dem zeitgenössischen Theater der Naturalisten zu vereinbaren ist.

1897 – Die bayerischen Juden lehnen die Zionistische Bewegung ab

München * Die Israelitische Kultusgemeinde München wehrt sich massiv gegen die Zionistische Bewegung von Theodor Herzl, der in der bayerischen Haupt- und Residenzstadt den ersten Zionisten-Kongress abhalten will. Herzl hat sich für München als Veranstaltungsort entschieden, weil „diese Stadt als gastfreundlich gilt und ein geeigneter Verkehrsmittelpunkt“ ist. Der zionistische Gedanke, der auf die Verwirklichung einer jüdischen Nation mit einem eigenen Staat Palästina hinzielt, wird von den bayerischen Juden abgelehnt. Sie fühlen sich als deutsche Staatsbürger und sehen durch das zionistische Gedankengut ihre Bemühungen um Integration gefährdet. Sie wollen alles unterlassen, was den antisemitischen Parolen von der „fremden jüdischen Rasse“ und „dass die Juden Liebe und Anhänglichkeit zu ihrem Vaterlande nicht



besitzen“ neue Argumente liefern könnte. Der Widerstand der Münchner Juden bewirkt, dass der erste Zionisten-Kongress in Basel stattfinden muss.

1897 – Widerstand gegen den ersten Zionistenkongress in München

München * Die Israelitische Kultusgemeinde München lehnt die von Theodor Herzl initiierte zionistische Bewegung entschieden ab. Herzl plant, den ersten Zionistenkongress in München abzuhalten, da die Stadt als gastfreundlich gilt und über günstige Verkehrsverbindungen verfügt. Der Zionismus, der die Gründung einer jüdischen Heimstätte in Palästina anstrebt, stößt bei vielen bayerischen Juden auf Ablehnung. Sie verstehen sich als deutsche Staatsbürger und befürchten, dass zionistische Bestrebungen ihre gesellschaftliche Integration gefährden könnten. Zudem wollen sie vermeiden, antisemitischen Vorurteilen Vorschub zu leisten, die Juden mangelnde Verbundenheit mit ihrem Vaterland unterstellen. Der Widerstand der Münchner Juden führt schließlich dazu, dass der erste Zionistenkongress 1897 nicht in München, sondern in Basel stattfindet. Das Ereignis verdeutlicht das starke Selbstverständnis vieler Teile des bayerischen Judentums als integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft.

25. Januar 1907 – Die Hottentottenwahl bringt massive Mandatsverluste für die SPD

Deutsches Reich * Die Reichstagswahl, die sogenannte Hottentottenwahl, führt im Reich zu einem konservativen Richtungsumschwung in der Sozialdemokratischen Partei. Die Reichstagswahl bringt für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD herbe Mandatsverluste ein. Die Sozis stürzten - auch aufgrund des ungerechten Dreiklassen-Wahlrechts - von 81 auf 43 Sitze im Reichstag ab und verlieren somit 38 Mandate. Das ist die schwerste Wahlschlappe, die die SPD bis dahin einstecken musste. Der Reichsregierung ist dies zweifellos mit ihrem Appell an die vaterländischen Instinkte gelungen. Gleichzeitig war dadurch die Kolonialismus-kritische schwarz-rote Mehrheit im Reichstag gebrochen. Die Konservativen, bestehend aus der Deutschkonservativen Partei, der Deutschen Reichspartei und der Nationalliberalen Partei billigen umgehend den Nachtragshaushalt und damit die weitere Finanzierung des Kolonialkrieges in Übersee. Für die Sozialdemokratie hat der Ausgang der Wahl einen erzieherischen Einfluss. Die SPD-Parteiführung will künftig ihre nationale Zuverlässigkeit stärker in den Mittelpunkt stellen. Das bedeutet aber gleichzeitig die „Bereitschaft zur Vaterlandverteidigung“ nach vorne und die Kritik an der deutschen Weltpolitik nach hinten zu stellen. Diesen Schritt will Kurt Eisner - aufgrund seiner aus der „Marokkokrise“ gezogenen Erkenntnisse - keinesfalls mitgehen. In der Fränkischen Tagespost, der er seit März 1907 angehört, warnt er nachdrücklich vor dem



„Nachlassen im Kampf gegen den Militarismus“.

18. September 1909 – Kaiser Wilhelm II. eröffnet die Schack-Galerie

München-Lehel * Der Deutsche Kaiser und König von Preußen, Wilhelm II., eröffnet die Schack-Galerie an der Prinzregentenstraße 9. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben: „Als Kunstfreund und Mäcen ist der Kaiser bei uns erschienen, nachdem er erst als oberster Kriegsherr, umgeben vom Glanz seines militärischen Gefolges, die friedlichen Schlachtfelder im Frankenland verlassen“. Im Giebelfeld des neuen Kultur-Tempels, das von massigen Säulen getragen wird, befindet sich der preußische Adler und die Inschrift: „Kaiser Wilhelm II. der Stadt Muenchen zur Mehrung ihres Ruhmes und grossen Kuenstlern zum Gedaechnis“. In diesem Sinne ist auch die kaiserliche Eröffnungsrede gehalten, in der er die wohlgesetzten Worte spricht: „Ich weiß mich eins mit der vaterländischen Gesinnung des Münchner Bürgertums, auf welches ganz Deutschland, von der Meeresküste bis zu den bayerischen Bergen, ein Recht hat, stolz zu sein.“

27. Juli 1914 – Die Münchner Sozialdemokraten laden zu einer Massenkundgebung ein

München-Au * Die Münchner Sozialdemokraten haben zu einer Massenkundgebung im Münchner-Kindl-Keller eingeladen. Als Referent für diese Veranstaltung ist der Schriftsteller Kurt Eisner angekündigt. Ausgerechnet für Kurt Eisner, dem späteren Kriegsgegner und Revolutionär, ist der Krieg zu diesem Zeitpunkt eine unabänderliche Tatsache und nicht mehr zu verhindern. „Denn niemand von uns will, dass das Kosakentum über Europa herrscht. Sagte doch Bebel, gegen Russland würde auch er noch die Flinte auf seinen alten Buckel nehmen“. Und an anderer Stelle meinte er: „Wir sind bereit, einen Angriff des Feindes abzuwehren und unser Vaterland zu schützen“. Das bedeutet aus Eisners damaliger Sicht für die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterschaft: „Dann muss jeder seine Pflicht tun, nichts weiter“. Und diese Pflicht besteht in der Verteidigung des Vaterlandes gegen den russischen Aggressor.

30. Juli 1914 – Das Bayerische Wochenblatt verurteilt die Kriegshetze

Königreich Bayern * Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges findet sich im Bayerischen Wochenblatt der folgende Artikel: „Dass sich an der gewissenlosen Kriegshetze vor allem die Zentrumspresse beteiligt, passt durchaus zu der Sorte ‚Christentum‘, die diese verkommene Partei vertritt. Die Sozialdemokratie wird von ihr als ‚vaterlandsfeindlich‘ verlästert, weil sie



nicht gewissenlos genug ist, das Vaterland in einen Krieg von unabsehbaren Folgen hinein hetzen zu helfen. Und ‚religionsfeindlich‘ ist die Sozialdemokratie wahrscheinlich deshalb, weil sie im Gegensatz zu den schwarzen Maulchristen bemüht ist, die Lehre Christi in die Tat umzusetzen.“

31. Juli 1914 – König Ludwig III. verhängt den Kriegszustand

München-Maxvorstadt * Am Nachmittag wendet sich der 69-jährige König Ludwig III. am Nachmittag an die Kundgebungsteilnehmer vor dem Wittelsbacher Palais. Er bedankt sich zunächst für die Huldigungen, die er als „Ausdruck der Treue und der Vaterlandsliebe“ betrachtet.

Im Wissen, auf welche Katastrophe das Deutsche Reich zusteuert, weist der Bayernherrscher auf die ernste und schwere Zukunft hin und erklärt: „Es sind [...] sehr schwere und ernste Zeiten, denen wir entgegen gehen. Aber ich vertraue darauf, dass das bayerische Volk wie seit vielen Jahrhunderten auch jetzt in Treue zu seinem Herrscherhaus stehen wird.“ Dann verhängt auch König Ludwig III. den Kriegszustand, verbunden mit der Anordnung des Standrechtes und den Übergang der vollziehenden Gewalt auf die Militärbehörden. Der Text seiner Verordnung lautete kurz und bündig: „Wir finden uns bewogen, auf Grund des Artikels I des Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912 zu verordnen: Über das Gesamtgebiet des Königreichs wird der Kriegszustand verhängt. Gegeben zu München, den 31. Juli 1914. Ludwig.“

1. August 1914 – Aufruf an die deutschen Juden!

Berlin * Der Verband der Deutschen Juden und der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens erlassen einen „Aufruf an die deutschen Juden!“ Darin fordern sie ihre Glaubensgenossen auf, ihre Kräfte „über das Maß der Pflicht hinaus“ dem „Vaterlande zu widmen“. Und weiter heißt es: „Eilet freiwillig zu den Fahnen! Ihr alle - Männer und Frauen - stellt Euch durch persönliche Hilfeleistung jeder Art und durch Hergabe von Geld und Gut in den Dienst des Vaterlandes!“

4. August 1914 – Königin Marie Therese erlässt einen „landesmütterlichen“ Aufruf

München * Gleichzeitig richtet die Königin Marie Therese einen „landesmütterlichen“ Aufruf an die Frauen und Jungfrauen Bayerns!, damit auch diese ihren solidarischen Beitrag leisten: „Euch aber, denen es nicht vergönnt ist, mit Blut und Leben für des Vaterlandes Ehre einzutreten, bitte ich innigst, nach Kräften mitzuwirken zur Linderung der Not jener Braven, welche das



feindliche Geschoss oder die Beschwerden des Krieges verwunden oder sich zu Boden werfen. So stellt euch denn, die ihr wohl alle liebe Angehörige bei der Armee wisst, in den Dienst des Roten Kreuzes, gleich Meinen Töchtern Hildegard, Helmtrud und Gundelinde. Draußen fließt Blut, herinnen fließen Tränen, am bittersten da, wo zur Sorge der Seele die Not des Leidens kommt. Auch hier muss und wird geholfen werden. Das Notwendige bereiten wir eben vor [...]. Soldaten, die ihr ins Feld zieht, Ich, die Königin, sage euch, euere tapferen Frauen und eure lieben Kinder sollen nicht Not leiden; schaut voraus gegen den Feind, euren Lieben gehört nun unsere Sorge.“

4. August 1914 – Die „Kriegskredite“ werden auch von der SPD bewilligt

Berlin * Mit 96 zu 14 Stimmen beschließt die SPD-Reichstagsfraktion die Bewilligung der Kriegskredite. Hugo Haase, der stellvertretende Vorsitzende der SPD und Kriegskreditgegner, gibt - gegen seine Überzeugung - die Erklärung ab: „Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich“. Kaiser Wilhelm II. gibt daraufhin seine ebenso berühmte Antwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“.

4. August 1914 – König Ludwig III. schwört seine Untertanen auf den Krieg ein

München * König Ludwig III. schwört seine Untertanen auf den Krieg ein. In seiner Bekanntmachung „An meine Bayern!“ wendet er sich nicht nur an die Soldaten, sondern vor allem an die Menschen in der Heimat: „Deutschland hat den Kampf nach zwei Fronten aufgenommen. Der Druck der Ungewissheit ist von uns gewichen, das deutsche Volk weiß, wer seine Gegner sind. In ruhigem Ernst, erfüllt von Gottvertrauen und Zuversicht, Scharen unsere wehrhaften Männer sich um die Fahnen. Es ist kein Haus, das nicht teil hätte an diesem uns frevelhaft aufgedrungenen Krieg. Bewegten Herzens sehen wir unsere Tapferen ins Feld ziehen. Der Kampf, der unser Heer erwartet, geht um die heiligsten Güter, um unsere Ehre und Existenz. Gott hat das deutsche Volk in vier Jahrzehnten rastloser Arbeit groß und stark gemacht, er hat unser Friedenswerk sichtbar gesegnet. Er wird mit unserer Sache sein, die gut und gerecht ist. Wie unsere tapferen Soldaten draußen vor dem Feind, so stelle auch zu Hause jeder seinen Mann. Wollen wir, jeder nach seiner Kraft, im eigenen Land Helfer sein für die, die hinausgezogen sind, um mit starker Hand den Herd der Väter zu verteidigen. Tu jeder freudig die Pflicht, die sein vaterländisches Empfinden ihn übernehmen heißt. [...] Bayern! Es gilt das Reich zu schützen, das wir in blutigen Kämpfen mit erstritten haben. Wir kennen unsere Soldaten und wissen, was wir von ihrem Mut, ihrer Manneszucht und Opferwilligkeit zu erwarten haben. Gott segne unser tapferes deutsches Heer, unsere machtvolle Flotte und unsere treuen



österreichisch-ungarischen Waffenbrüder! Er Schütze den Kaiser, unser großes deutsches Vaterland, unser geliebtes Bayern!“.

5. August 1914 – Freudig begrüßte Nachwuchs-Soldaten

München * In den Münchner Neuesten Nachrichten ist zu lesen: „Heute Abend kam ein ganzer Zug von Gebirglern an. Wie der über den Bahnhof marschierte, da gab es ein Rufen und Winken; an allen Fenstern im Kaufhaus Tietz [später Hertie, heute Karstadt am Bahnhofplatz] würde es lebendig, alle Verkäuferinnen winkten mit Tüchern. [...] Und wenn man sie alle sieht, diese Prachtkerle, dann mischt sich in die ersten Erwägungen, was werden kann und werden mag, das Gefühl tröstlicher Zuversicht. Wo so viele Arme zugreifen, so viele Herzen fürs Vaterland schlagen, da kann es nicht gefehlt sein.“

10. August 1914 – Auf den Johannisplatz zur Truppenaussegnung

München-Haidhausen * Erstmals marschieren in Haidhausen die Truppen auf dem Johannisplatz zur Truppenaussegnung auf, um vor dem Abmarsch noch den kirchlichen Segen zu erhalten. „Der Kommandeur hielt eine kernige Ansprache und bat zum Schluss um Gottes Beistand. Der Priester war unter dem Thronhimmel vor die Kirche getreten und erteilte, das Allerheiligste nach allen Seiten zeigend, den Segen. [...] In allen katholischen Gotteshäusern wurde der Hirtenbrief des Kardinals verlesen, darauf drei Gebete für das Vaterland und unsere Krieger gehalten“. Solche abendlichen und nächtlichen Aufmärsche mit kirchlichem Segen werden sich noch mehrmals wiederholen.

28. August 1914 – Paul von Hindenburg wird zum „Retter des Vaterlandes“

Tannenberg - Gilgenburg - Ortelsburg * Paul von Hindenburg weiß, wie man Geschichte schreibt. Denn während die Presse noch zu Beginn von der „Schlacht bei Gilgenburg und Ortelsburg“ schreibt und Kaiser Wilhelm II. Hindenburg den Dank für den „Sieg bei Allenstein“ ausspricht, richtet der Oberbefehlshaber der 8. Armee seinen Blick auf Tannenberg. Dort wütete anno 1410 eine Schlacht zwischen dem Deutschen Orden und der Polnisch-Litauischen Union. Paul von Hindenburgs Version klingt deshalb so: „Bei Tannenberg, das zwischen Gilgenburg und Hohenstein liegt, wurde 1410 das Ordensheer von den Polen und Litauern vernichtet. Jetzt, nach 504 Jahren, kam die Revanche.“ Die geschickte Verknüpfung mit Tannenberg trägt zur Entstehung des Mythos um den siegreichen Feldherrn Hindenburg, dem „Russen-Schreck“,



bei Tannenberg wird zum in Deutschland ersehnten Sieges-Mythos, Hindenburg zum „Retter des Vaterlandes“.

11. November 1916 – Fürstliches Blut für die Ehre des Vaterlandes

Berlin - München * Kaiser Wilhelm II. Beileidstelegramm zum Tode des wittelsbachischen Prinzen Heinrich zielt ausdrücklich auf das „fürstliche Blut“, das der Prinz „für den Ruhm des bayerischen Königshauses und für die Ehre des deutschen Vaterlandes treulich zum Opfer gebracht“ hat.

2. Dezember 1916 – Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst verabschiedet

Berlin * Der Deutsche Reichstag verabschiedet das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst. Es verpflichtet alle männlichen Deutschen zwischen 17 und 60 Jahren zur Arbeit in kriegswichtigen Betrieben.

6. April 1917 – Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Gotha

Gotha * Die in Gotha bis zum 8. April stattfindende zweite Reichskonferenz der sozialdemokratischen Opposition wird zum Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD. In der neuen Partei finden sich Sozialdemokraten verschiedenster Couleur wieder: Revolutionäre Marxisten wie die Gruppe Internationale, die im Krieg die prognostizierte Krise des Kapitalismus sieht und auf revolutionäre Aktionen drängt; pazifistisch gesinnte Sozialdemokraten, die im Weltkrieg einen Angriffskrieg Deutschlands sehen und sich diesem aus ethischen und moralischen Gründen verweigern; daneben Revisionisten, aber auch führende Vertreter des marxistischen Zentrums. Die USPD ist also keine straffe, einige revolutionäre Linkspartei. Sie zeigt sich nur einig in dem gemeinsamen Ziel: Die Beendigung des Krieges ohne Annexionen. Sie steht demzufolge für die Gegnerschaft zum Krieg, in dem sie längst keinen Verteidigungskrieg, sondern einen imperialistischen Eroberungskrieg sieht. Die USPD ist also in erster Linie der Block der sozialdemokratischen Gegner des Burgfriedens, der gegen die Kriegskredite ist. Sonst herrschen innerhalb der USPD in der Beurteilung der Arbeiterbewegung und ihrer Taktik große Meinungsverschiedenheiten. Zu Vorsitzenden der neuen Partei werden Wilhelm Dittmann und Hugo Haase gewählt. Auch Kurt Eisner ist in Gotha anwesend, obwohl er immer gegen die Spaltung der Partei war. Die Unzufriedenheit mit der SPD hat auch in Bayern zugenommen. Für die SPD sind die USPD-ler „Vaterlandsverräter“, für die USPD sind die SPD-ler „Verräter am



Sozialismus und an der Arbeiterschaft“.

28. Juli 1917 – Offene Propaganda gegen die Glaubensbrüder der verfeindeten Nationen

München - Berlin * Der Feldprobst der bayerischen Armee, der Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber, schreibt an Kaiser Wilhelm II., dass „auch die Seelsorge mit dem Schwert des Geistes, das ist mit dem Wort Gottes, das heilige Recht unseres treuen Vaterlandes zu verteidigen und die Seelen zum höchsten Kraftaufgebot zu wecken bemüht war“. Der deutsche Klerus hat sich damit in die Kriegsrhetorik eingefügt und betreibt offen Propaganda gegen die Glaubensbrüder der verfeindeten Nationen. Faulhaber predigt den bayerischen Truppen. Und diese Rhetorik geht so: „Ein Mann nach dem Herzen Gottes handelt nach dem Willen Gottes. Hat man einmal klar erkannt: ‚Das ist Gottes Wille, das ist meine Pflicht, bei dieser Fahne ist mein Platz‘, dann bleibt's dabei, heute und morgen und übermorgen.“

2. September 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP wird gegründet

Königsberg * Am Tag des Friedens bei Sedan wird die erzkonservative, nationalistische, völkische und antisemitische Deutsche Vaterlandspartei - DVLP von ultrarechten Kräften, darunter Großadmiral Alfred von Tirpitz und dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, gegründet. Innenpolitisch kündigt die Vaterlandspartei den Burgfrieden von rechts auf. Sie plädiert für einen unterdrückenden und autoritären Kurs gegenüber der Arbeiterbewegung und greift auch bürgerliche Politiker heftig an, die sich – wie beispielsweise den Zentrums Politiker Matthias Erzberger - für eine Reform des politischen Systems unter Einbeziehung der SPD aussprechen. Die Parteiführung verfolgt den Plan, mit Hilfe eines „starken Mannes“ einen autoritären Staatsumbau einzuleiten und dabei den Reichstag und die Linksparteien auszuschalten. Im äußersten Fall sollte auch der „zu weiche Kaiser“ Wilhelm II. bei einer sich bietenden Gelegenheit für „regierungsunfähig“ erklärt und der weit rechts stehende Kronprinz von Preußen zum Regenten ernannt werden. Außenpolitisch tritt die Vaterlandspartei für einen deutschen Siegfrieden und ein umfassendes Programm direkter und indirekter Expansion ein. Mit ihren Kampagnen gegen einen Verzichtfrieden - oder Judenfrieden genannten Verständigungsfrieden - und gegen Schlappeheit und Verrat an der Heimatfront legt die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP den Grundstein für den Nachkriegsdiskurs über die Novemberverbrecher und die Dolchstoß-Legende.

14. September 1917 – Ludwig Thoma wird Gründungsmitglied der Deutschen Vaterlandspartei



Tegernsee * Ludwig Thoma wird Gründungsmitglied in der scharf nationalistischen Deutschen Vaterlandspartei - DVLP.

24. September 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei fordert einen unbedingten Siegfrieden

Berlin * Ludwig Thoma tritt bei der Gründungsversammlung der Deutschen Vaterlandspartei - DVLP in der Berliner Philharmonie als Redner auf, wofür ihm der Parteivorsitzende, der ehemalige Großadmiral Alfred von Tirpitz, persönlich dankt. Die neugegründete Deutsche Vaterlandspartei - DVLP fordert auf ihrer ersten Großkundgebung in Berlin einen „unbedingten Siegfrieden“.

2. Oktober 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei formiert sich in München

München * Als Ableger der am 2. September in Königsberg gegründeten Deutschen Vaterlandspartei - DVLP formiert sich in München der Landesverein Bayern. Prominenteste Fürsprecher des Landesvereins sind Cosima Wagner und Ludwig Thoma. Die bürgerliche Sammelbewegung tritt mit dem Ziel einer Stärkung des Durchhaltewillens bis zum Siegfrieden an.

2. Oktober 1917 – Fritz Gerlich ist Mitbegründer der Vaterlandspartei in Bayern

München * Dr. Fritz Gerlich beteiligt sich an der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei - DVLP in Bayern.

6. Oktober 1917 – Schwere Auseinandersetzungen über vaterländische Propaganda

Berlin * Im Reichstag kommt es zu schweren Auseinandersetzungen über die vaterländische Propaganda des Alldeutschen Verbands und der Deutschen Vaterlandspartei - DVLP.

12. August 1918 – Den Krieg durch Aushungern beenden

München * Eine Münchner Hausfrau berichtet über ihre Fahrten aufs Land. Sie schildert die meisten Bauern als „unverständlich, hartherzig und wenig vaterländisch gesinnt“. Nach ihren Beobachtungen sind die Bauern der Meinung, dass sie die „Stadterer“ und „Großkopferten“ zur



Beendigung des Krieges zwingen könnten, indem sie diese aushungern.

30. August 1918 – Prinz Max von Baden will das Vaterland retten

Karlsruhe - Berlin * Prinz Max von Baden bringt in einem Brief an Kaiser Wilhelm II. zum Ausdruck, dass er „in eine die Reichsleitung bestimmende Stellung“ gebracht werden möchte, um aus dieser Position heraus „das Vaterland zu retten“.

22. September 1918 – Flugblätter zur Steigerung des Preußenhasses

München • Innenminister Dr. Friedrich Ritter von Brettreich berichtet über Flugblätter, die die Überschrift „Preußenherzen hoch“ tragen. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei um „überaus gefährliche Fälschungen“ handelt, die äußerst geschickt den in Bayern neu auflebenden Preußenhass in neue Höhen steigern und so die Geschlossenheit des deutschen Volkes sprengen soll. Hier einige Auszüge aus dem Flugblatt, das nur in Altbayern mit der Post verbreitet wird. Der Poststempel stammt aus Berlin: „In tieferster Stunde wenden wir uns an alle echten Preußen mit dem dringenden Mahnruf: Helft Preußen, helft Deutschland retten! [...] Vielmehr von innen als von außen droht unserem vielgeliebten Preußenlande toternte Gefahr. [...] Ein Süddeutscher Reichskanzler, ein Süddeutscher Vizekanzler, ein Süddeutscher Reichspräsident [...], alle wichtigen Ämter in der Hand von Bayern! Ist es da ein Wunder, wenn die Politik auf eine völlige Lahmlegung Preußens, der Kaiserkrone und der Heeresleitung gerichtet ist, und [...] Preußen und Deutschland an den Abgrund geführt hat? [...] Aus bayerisch-partikularistischem Hasse will man Preußens Macht zerstören um selbst in Preußen zu herrschen. [...] Auch die Heeresfront ist durch Bayern zerrissen worden. Die Disziplinlosigkeit im bayerischen Heere hat seit einem Jahr den größten Umfang angenommen. [...] Durch diese Handlungen haben preußische und andere Regimenter die größten Verluste erlitten. [...] Jetzt, wo das Vaterland wieder in der größten Gefahr schwebt, sind es wieder die Bayern, die versagen und die Gefahr vergrößern. [...].“

30. September 1918 – Kaiser Wilhelm II. entlässt Reichskanzler Georg Graf von Hertling

Spa * Da der amtierende Reichskanzler der vom Kaiser angekündigten Parlamentarisierung nun im Weg steht, bleibt Georg Graf von Hertling nur noch der Rücktritt, den er umgehend einreicht. Im Entlassungsschreiben macht Kaiser Wilhelm II. deutlich: „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschehnisse des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher



mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.“

1. Oktober 1918 – Die Münchnener Post steigert ihre Auflage um 15.000 Exemplare

München - Königreich Bayern * Die SPD-Zeitung Münchener Post wird auf der ersten Seite Artikel unter der Überschrift „Fort mit dem Militarismus!“, „Ein Systemwechsel notwendig!“, „Eine neue Politik“ oder „Für ein neues freies Vaterland“ abdrucken. Alleine zwischen dem 1. und 15. Oktober 1918 kann die Zeitschrift damit ihre Auflage um 15.000 Exemplare steigern.

1. Oktober 1918 – Durchhalteparolen in der Zentrums Presse

Nürnberg * Die zur Zentrums Presse gehörende Nürnberger Volkszeitung, gibt realitätsblinde Durchhalteparolen aus: „Fürwahr: wir können uns die Größe der Gefahr, in welcher wir schweben, wenn wir in unserer Kampfkraft nachlassen, gar nicht kraß genug vorstellen, um daraus den felsenfesten, entschlossenen Willen zu schöpfen, jede Faser unseres Willens und Herzens anzuspannen, damit wir uns kräftigen in dem Entschlusse, lieber unser Letztes herzugeben, als zu so schimpflichem Dasein verurteilt zu sein. [...] Unsere Feinde wollen uns vernichten, sie würden auch einen noch so weitgehenden Frieden, den wir zu genießen bereit wären, abweisen, weil sie uns ‚ausrotten‘ und unser Land zu einer Wüstenei machen wollen. Kann es da ein deutsches Herz geben, welches dem Vaterlande in dieser großen Not und Bedrängnis nicht zur Seite stehen wollte? Jetzt ist die Stunde, in der wir die nationale Verteidigung organisieren müssen! Jetzt gibt es kein Besinnen mehr, der letzte entscheidende Gang hat begonnen!“

8. November 1918 – Erhard Auer: Die SPD hat den Umsturz nicht vorbereitet!

München * Der SPD-Führer Erhard Auer macht noch einmal deutlich, dass die Sozialdemokraten den Umsturz nicht vorbereitet haben. In seiner Erklärung sagt er: „Unter dem Druck der fürchterlichen Drangsale des deutschen Vaterlandes hat sich die gestrige Kundgebung ohne unser Zutun zu einem Willensakte gesteigert, mit dem alle Teile der Bevölkerung rechnen müssen.“



10. November 1918 – Kein Eid vor der Entbindung vom Treueid auf den König

München * Der Vorstand des Bayerischen Beamten- und Lehrerverbandes beschäftigt sich mit der Frage der Vereidigung. Ohne zu übersehen, welche Folgen eine Verweigerung der Eidesleistung nach sich ziehen würde, beschließt man einstimmig, „vor einer Entbindung vom Treueid durch den König keinen Eid zu leisten“. Gleichwohl gibt man der Bereitschaft zum Wohle des Vaterlandes zu arbeiten Ausdruck.

12. November 1918 – Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen wird eingeführt

Berlin - Deutsches Reich * Der aus Mitgliedern der SPD und der USPD bestehende Rat der Volksbeauftragten in Berlin verkündet in einem Aufruf an das Deutsche Volk mit Gesetzeskraft unter anderem die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Der Belagerungszustand wird aufgehoben. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. Eine Zensur findet nicht statt, die Theaterzensur wird aufgehoben. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeitsschutzbestimmungen werden wieder in Kraft gesetzt.

12. November 1918 – Auflösung des Zentrums und Gründung der Bayerischen Volkspartei

Regensburg - Freistaat Bayern * Die Mitglieder des Zentrums lösen ihre Partei auf. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt gekommen, in dem man guten Gewissens alte Positionen aufgeben kann. Georg Heim und Sebastian Schlittenbauer, Politiker des konservativen und katholischen Lagers, gründen in Regensburg die Bayerische Volkspartei - BVP und erklären: „Fürs erste weht über Deutschland und Bayern die rote Fahne, das musste wohl so kommen und so Gott will, wird es unserem engeren und weiteren Vaterlande am Ende doch zum Guten gereichen.“



22. November 1918 – Gründung der Deutschnationalen Volkspartei - DNVP

Berlin * Die Deutschnationale Volkspartei -DNVP wird durch einen Zusammenschluss der Deutschkonservativen Partei, der Freikonservativen Partei, der Christlich-sozialen Partei und der Deutschen Vaterlandspartei - DVLP gegründet. Die neue Partei sieht sich als Vertreter der vaterländischen Verbände, tritt für die Wiederherstellung der deutschen Monarchie ein und fordert Wahlen zur Nationalversammlung.

22. März 1919 – Die Saubande von Juden-Preußen in München

Schloss Wildenwart * Ex-Prinzessin Wiltrud notiert in ihr Tagebuch: „So lange Papa und Rupprecht etwas zu sagen gehabt hatten, wäre es nie so weit gekommen. Die Saubande von Juden-Preußen in München hat uns um unser Vaterland gebracht, wir werden jetzt eine Art Provinz des Reiches“.

19. April 1919 – Ein Regierungs-Telegramm geht an alle Pfarrämter Bayerns

Bamberg * Ministerpräsident Johannes Hoffmann lässt in seinem Auftrag auf Staatskosten vom Bischöflichen Generalvikariat Bamberg folgendes Telegramm an alle Pfarrämter Bayerns übermitteln: „Ein Haufen von Ausländern hat sich der Hauptstadt München bemächtigt, übt daselbst eine Schreckensherrschaft aus und bedroht von dorthier die Provinzen, namentlich die Landbevölkerung, mit Raub und Brandstiftung. Die rechtmäßig bestehende Regierung hat einen Aufruf zur Bildung von Freikorps ergehen lassen.Von seinem Erfolg hängt das Wohl und Wehe des Vaterlandes ab. Wir ersuchen die Geistlichkeit, durch Hausbesuche und auch von der Kanzel aus kräftigst dafür einzutreten, dass möglichst viele tüchtige Gemeindeangehörige dem Rufe folgen.“

16. Januar 1920 – Graf Anton von Arco auf Valley zum Tode verurteilt

München * Da sich die Richter und der Verteidiger über die Wertung der Tat im Grunde einig sind, ergeht das Urteil gegen Graf Anton von Arco auf Valley bereits um 16.08 Uhr. Es wird vom Landgerichtsdirektor Georg Neithardt gesprochen und lautet: „[...] wegen eines Verbrechens des Mordes zum Tode und in die Kosten verurteilt.“ Es lässt sich einfach nicht umgehen anzuführen: „Der Angeklagte führte die Tötung nach einem wohlbedachten Plan mit Überlegung aus.“ Die Justiz öffnet sich aber gleich selbst die Tür für ihr weiteres Vorgehen. Am Ende des



Urteils stehen die bemerkenswerten Zeilen: „Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte konnte natürlich keine Rede sein, weil die Handlungsweise des jungen, politisch unmündigen Mannes nicht niedriger Gesinnung, sondern der glühenden Liebe zu seinem Volke und seinem Vaterland entsprang und ein Ausfluss seines Draufgängertums und der in weiten Volkskreisen herrschenden Empörung gegen Eisner war, weil ferner der Angeklagte seine Tat in allen ihren Einzelheiten ohne jeden Versuch der Beschönigung oder Verschleierung mit offenem, edlem Mute in achtungsgebietender Weise als aufrechte Persönlichkeit eingestand.“ Graf Arco nimmt sein Todesurteil mit vollkommener Ruhe zur Kenntnis und ruft in seinem Schlusswort die Zuhörer zum Aufbau einer nationalen Zukunft auf. Stürmischer Beifall erhebt sich im Sitzungssaal.

31. Mai 1920 – Die Münchner Neuesten Nachrichten werden aufgekauft

München * Ein „Konsortium von Münchner und auswärtigen Vaterlandsfreunden“ kauft Bayerns einzige weltweit beachtete Tageszeitung auf: die Münchner Neuesten Nachrichten. Die Mehrheit hält die Gutehoffnungshütte. Sie will die Zeitung für die Propagierung ihrer Ziele benutzen und macht sie zu einem „Bollwerk für nationale Erneuerung gegen Sozialismus und republikanische Politik“. Das besondere Interesse der Redaktion gilt der Dolchstoß-Theorie, nach der das siegreiche deutsche Heer im Ersten Weltkrieg von den Umstürzern in der Heimat zur Kapitulation gezwungen worden sein soll. Diese „Schmach“ soll durch die Wiederaufrüstung getilgt und Deutschland zu einer Weltmacht gemacht werden. Finanziert durch die deutsche Schwerindustrie und einflussreiche politische Kreise spielen die Münchner Neuesten Nachrichten eine wichtige Rolle bei der Entstehung der rechtsradikalen „Ordnungszelle Bayern“. Professor Paul Nicolaus Cossmann wird politischer Leiter der Zeitung.

19. September 1922 – Faulhaber verhindert Ordensverleihung an Adenauer

München-Kreuzviertel - Rom-Vatikan * Kardinal Michael von Faulhaber schreibt an den Unterstaatssekretär im Vatikan, Giuseppe Pizzardo, über die öffentliche Auseinandersetzung mit Konrad Adenauer: „Er behauptete, die Revolution sei organisch geworden, die gestürzten Herrscherhäuser seien morsche Bäume gewesen, der deutsche Katholizismus sei auf das deutsche Vaterland angewiesen. [...] Ich bitte darum Eure Exzellenz, es möge keine päpstliche Kundgebung erfolgen, die von den Katholiken als Zustimmung zur Politik des Zentrums und zu einer Koalition mit der Sozialdemokratie ausgelegt werden könnte. Präsident Adenauer wird die päpstliche Auszeichnung, die früher für den Präsidenten üblich war, nicht erhalten können“. Damit verhindert Kardinal Faulhaber, dass Konrad Adenauer den sonst üblichen päpstlichen



Orden bekommt. In einer eigenwilligen Rechtfertigung gegenüber dem bayerischen Gesandten beim Vatikan schreibt Faulhaber am selben Tag: „[...] Damit habe ich nicht die Verfassung von Weimar und die republikanische Staatsform an sich verurteilt; denn eine Verfassung kann rechtmäßig zustandegekommen sein, ohne daß dadurch die vorausgehende Revolution legitimiert wird. Ein unehelich Geborener kann ein ordentlicher Mensch werden, ohne daß damit die uneheliche Mutterschaft als solche Rechtsdasein erhält.“

5. Mai 1933 – Ein „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe

München-Kreuzviertel - Bayern * Angeblich wollte „Kardinal“ Michael von Faulhaber das „Unrecht gegen die Juden“ in seinem „Hirtenbrief“ vom 5. Mai ansprechen, wird aber von den anderen Bischöfen davon abgehalten. In dem „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe heißt es jetzt: „Unsere jetzige Reichsregierung hat sich große und schwierige Aufgaben gestellt; sie will das deutsche Volk, das an den Folgen des verlorenen Weltkrieges und der Revolution so unsäglich viel leidet, wieder zur früheren Höhe emporführen durch eine geistige, sittliche und wirtschaftliche Erneuerung. [...] Daher rufen wir Bischöfe in tiefer Liebe zu unserem armen Vaterlande, [...] den Blick nicht mehr zu richten auf die Vergangenheit, nicht auf das zu sehen, was uns trennt, sondern auf das, was uns eint, daher einander die Hand zu reichen und in hochherziger Opferwilligkeit die vereinten Kräfte einzusetzen, um der furchtbaren Not, dem immer weiter fortschreitenden Niedergang und dem unseligen Unfrieden Einhalt zu bieten. [...] Der Wiederaufbau unseres Volks- und Staatslebens muß zur Grundlage haben die ewigen, unantastbaren Gesetze des christlichen Glaubens, der christlichen Sitte, der christlichen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens. Es verdient aufrichtigen Dank, daß der höchste Vertreter der Reichsregierung in feierlicher Stunde erklärte, das Werk der Wiedererneuerung unseres Volkes auf den Felsengrund des christlichen Glaubens stellen und freundschaftliche Beziehungen zur Kirche pflegen zu wollen. [...] Wir sind dankbar für die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Rechte der Kirchen nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert werden wird“.

Mai 1947 – Johann Reichhart wird in das „Internierungslager Moosburg“ gebracht

Moosburg * Der „Scharfrichter“ Johann Reichhart wird in das „Internierungslager Moosburg“ gebracht, wo er im Kreis der Nazi-Prominenz auf sein Verfahren warten muss. Diese sieht in ihm einen „amerikanischen Henkersknecht“, der als „Vaterlandsverräter und Volksschädling“ den Tod verdient. Reichhart schneidet sich die Pulsadern auf, wird gerettet und von den Nazi-Bonzen erneut verfolgt. Die Ärzte retten wieder sein Leben.